

# Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3666-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 666. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Beistellgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Klein-Verkaufsstellen für Aufnahmen: Einmal best. Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 23-26

10 Pf. [Anzahl] • Nr 90

DIENSTAG, 23. FEBRUAR 1932

MORGEN-AUSGABE

## Kampfbeginn im Reichstag

### Heute Eröffnung der politischen Aussprache

### Nur noch drei

Von RUDOLF BEERENSON

Im Handelsteil der „Vossischen Zeitung“ berichten wir ausführlich über die Durchführung der Bankensanierung, die unter Führung des Reichs erfolgt. Die Volkswirtschaftliche Bedeutung dieser in der Wirtschaftsgeschichte einzig dastehenden Aktion wird nachfolgend behandelt.

Erinnert man sich noch an Reichstagen 1929? Politik und Wirtschaft waren damals von einer Bitterkeit, alles überschattenden Sorge beherrscht, die Gläubiger beunruhigte, und mehr Weib noch brauchte der Staat. Aber die Banker waren zugeknöpft, und der damalige Reichspräsident Schacht, ein allzu eifriger Hüter der öffentlichen Finanzmoral, auf dessen Betreiben die ausführenden Verhandlungen zwischen dem Reich und einem ausländischen Bankenkonsortium zerfallen wurden, drängte auf ein Obelisk zur fortgesetzten Schuldentilgung, ehe er seine Tische den Bankern öffnete und diesen so das Signal zur Verfehlung des öffentlichen Finanzbedarfs gab. Damals feierte die Weltöffentlichkeit die Triumphe über die Weltfinanz.

Während Monate später sich es anders aus. Reich und Reichsbank fanden in einer Front, nicht etwa im Kampf gegen die Privatbanken, sondern mit gemeinsamen Kräften bereit, den finanzengedrückten Finanzinstituten alle erdenkliche Hilfe zu leisten. Aus dem Verfehlten wurden neuen Wirtsgänger geworden. Erst liefen die Schach bei der Reichsbank, die ihnen solange Kredit gewährte, wie es eben anging. Als deren Reserven erschöpft waren, stellten sie sich unter die Obhut des Reiches, das aus einem fremden System von Bankfeindtätigen und einem engmaschigen Netz von Devisenbestimmungen, aus der Staatsgarantie für die Verpflichtungen der einen und einer hohen Reichsbeteiligung an der anderen Bank einen Ball um die belagerten Bankstellen zog.

Bei allen Maßnahmen, die getroffen wurden, seitdem der Auslandsborj einsetzte, fand Reich und Reichsbank nach außen hin immer eine Grenze. Bei den internen Debatteu war es manchmal heiß hergegangen sein; die Öffentlichkeit erfuhr davon kein Sterbenswörtchen. Und das ist gut so. Nichts hätte die bornierte Aufgabe der Wiederherstellung des Vertrauens zu dem Staat mehr erschweren können, als der und der Unheimlichkeit zwischen den nachgehenden Instanzen. Der jetzige Reichspräsident dachte nie daran, die ungebührte Arbeit, die ihm das Vorgefalle verleiht, zu mißbrauchen. Er war selbst einmal Reichsfinanzler in Sturm erregter Zeit und wußte aus eigener Anschauung am besten, was die Zeit der Stunde erheischt. So warf er bei allen entscheidenden Beratungen stets seine Kenntnisse und Erfahrungen, nie aber seine Macht in die Waagsale.

Ähnliche Disziplin übten die privaten Banken 1929 scheinbar auf dem Gipfel ihrer Macht angefangen, waren sie einig nur in der Befolgung des Statutes, dessen Führung damals in den Händen eines sozialdemokratischen Reichsfinanzlers lag. Als ihnen aber die Wirtschaftskrise das Geheiß entriß, als eine Sammlung der Kräfte zur einheitlichen Abwehr gegen eine Gefahr, die sie alle bedrohte, am Platze war, verpöhlten sie sich in Kleinmütigkeit haben, verschanden sie sich hinter einem unüberwindlichen, falsch verstandenen Freizug und trugen sich sich aus wenig über gar nichts zur Konstruktiven Lösung des Bankentproblems bei.

Unter dem Gesichtswinkel der Vertrauensverbesserung betrachtet, ist die Bilanzführung sicherlich ein durchschlagender Erfolg. Mit ungenügender Präzision legen die Banken Lebensfähig ab, ohne falsche Einnahmen in ihre Liquiditätssubstanz und effektiven Bestand, und mit übergezügelter Konsequenz vollzieht sich bei allen der Umbau und Aufbau des finanziellen Fundaments. Der Rückfall, den sich die Deutsche Bank aus ihrem Streben nach höherem Stande mit Unterstützung des Reiches schuf, ist aber zu reichlich als zu niedrig bemessen. Ihr wichtigstes Ziel hat die Regierung mit der großen Bankensanierung also erreicht. Die Opfer ideeller und materieller Natur sind allerdings gewaltig, und es fragt sich, ob man nicht den gleichen Effekt mit sparsameren Methoden hätte erreichen können.

Am zuerst von den unmittelbaren Kosten zu sprechen, ist festzuhalten, daß das Reich für die Sanierung der Bankanstalt und der Dresdner Bank bis jetzt schon um 150 Millionen à Fonds parat beigelegt hat. Bei der Commerzbank sind es nur 28, bei der Bida 4; hierzu kommt aber noch die schon heute ausgeprobenere Beihilfsmöglichkeit, die sich in der Hand von diesen Banken aus dann nicht fortzugeben, wenn noch unvorhergesehene Verluste aufzutreten sollten. Außer diesen Beträgen hat das Reich gewaltige Summen auf-

Rationalisierungs Dr. Goebbels zu Worte kommen. Die Sozialdemokratie, die die größte Fraktionsstärke hat, hat auf den ihr noch dem Reich zuzehenden Vorrat verzichtet. Vorauswärtig beginnt, nur die Redner der größten Oppositionsparteien, also noch der Kommunisten und der Deutschnationalen, zu Worte kommen. Reichsfinanzler Dr. Brüning wird dann am Mittwoch Gelegenheit haben, sich mit der Opposition auseinanderzusetzen, und diese Kontraste wird wohl der zehnjährigen der politischen Debatte werden.

Die Regierung rechnet damit, daß die vierjährige Reichsfinanzreform mit ihrem Siege enden wird. Die parlamentarischen Fronten sind unverändert. Es ist nur eine kleine Nuance neu zu verzeichnen: die Deutsche Volkspartei will für ihren Wirtsausgangstraktationsausgang ausüben. Im Bereich haben einige Abgeordnete der Fraktion noch für die Regierung gestimmt. Diese Gruppe wird nachteilig der Zustimmung freibleiben. Von der Linken erwartet die Regierung diesmal noch keine ernsthaften Schwierigkeiten. Der Erlaß über die Aufnahme von Rationalisierungsmaßnahmen in die Reichswehr soll zwar aufrecht erhalten bleiben, aber Kanzler und Reichswehrminister wollen erläuternde Erklärungen abgeben, die es der Linken ermöglichen, gegen die Wirtsausgangstraktation zu stimmen. Die Wahrheit ist das Kabinett-Beitrag wird aber vielleicht noch kleiner sein als bei der entscheidenden Abstimmung im Oktober, in der sie 25 Stimmen betrug.

Siehe auch dritte Seite

Am Reichstag wird, so ist es gestern im Kabinettsrat beschlossen worden, die politische Aussprache schon heute beginnen und anknüpfen an die Vorlage über die Festlegung der Termine für die Reichspräsidentenwahl. Es ist beabsichtigt, täglich siebenstündige Sitzungen abzuhalten, und am Freitag abend die Abstimmungen über die vorliegenden Anträge der Oppositionsparteien durchzuführen. Diese Abstimmungen werden das Schicksal des Kabinetts Brüning entscheiden.

Die Rationalisierungsmaßnahmen, die sich ebenso wie die Deutschnationalen an den parlamentarischen Verhandlungen wieder beteiligen wollen, haben außer den Wirtsausgangstraktationen gegen den Kanzler und gegen den Reichswehrminister Dr. Brüning noch Anträge eingebracht, in denen die sofortige Auflösung des Reichstages und die Aufhebung aller seit 1930 erlassenen Polizeiverordnungen gefordert wird. Für den Fall, daß der weitestgehende Antrag, der die Wirtsausgangstraktation betrifft, abgelehnt werden soll, sind Eventualanträge auf Aufhebung einzelner Bestimmungen des Reichspräsidenten gestellt. Ähnliche, gleichlautende Anträge wie die Rationalisierungsmaßnahmen haben auch die Deutschnationalen und die Kommunisten eingebracht.

Die politische Debatte wird sich über den ganzen Komplex dieser Anträge erstrecken. Sie wird formell durch den Reichswehrminister Dr. Brüning eingeleitet werden, der in letzter Konsequenz als Innenminister die Beratung über die Reichspräsidentenwahl zu vertreten hat. Als erster Redner wird der

## Hitler und Duesterberg proklamiert

### Die Präsidentschaftskandidaten der uneinigen Harzburger

Die Kandidatur Adolf Hitlers für die Präsidentschaftswahl ist gestern abend in einer Mitgliederversammlung des Nationalsozialistischen Gaues Berlin parteiöffentlich verkündet worden. Der Berliner Gauleiter, Abgeordneter Dr. Goebbels, der zum erstenmal seit dem gegen ihn erlassenen Verbot sprechen durfte, gab als Schluß seiner Ausführungen, die in heftigen Angriffen gegen die Regierung Brüning bestanden, bekannt, daß er ermächtigt ist, seinen Parteifreunden den Entschluß Adolf Hitlers mitzuteilen, für die Reichspräsidentschaft zu kandidieren.

Die Mitteilung wurde von den Nationalsozialisten natürlich mit großem Beifall aufgenommen.

Nur der Volkshandigkeit wegen sei erwähnt, daß die nationalsozialistische Parteileitung noch gestern abend durch eine rechtsstehende Nachrichtengruppe die Ankündigung der „Vossischen Zeitung“ von der bevorstehenden Nominierung Hitlers hat als unrichtig bescheiden lassen.

Wie von der Deutschnationalen Seite behauptet wird, haben die Deutschnationalen und der Stahlhelm Duesterberg a. D. Duesterberg als Kandidat aufgestellt.

## Appell der alten Hindenburg-Wähler

Ein Aufruf, der von den Hindenburgwählern des Jahres 1925 ausgeht, ist von heute ab vierstündig Persönlichkeitsreisen des öffentlichen Lebens unterzeichnet worden. Er lautet:

„In der Stunde des Entschidungsmoments um Deutschlands Wehrbarkeit und Tributfreiheit hat Generalfeldmarschall von Hindenburg sich entschlossen, noch einmal die schwere Bürde des Reichspräsidenten anzunehmen.“

Hindenburg verkörpert uns Gottesfurcht und Treue im Dienst des Vaterlandes, überliefert die Pflichtbewußtheit und deutsche Soldatentum. Gehört nur der eigenen Geschichte gebietet dem deutschen Volke, vor seiner Person inneren Widerstand und Streit der Parteien hinweg zu lassen.

Hindenburg verkörpert dem Auslande das Deutschland, das es achtet und an dessen Fortfall es glaubt. Das deutsche Volk schadet ihm nicht, daß es ihn in dem entscheidenden Ringen um seine Befreiung einsetzt darf.

Hindenburg verkörpert das deutsche Volkes Einigkeit, für die er als getreuer Wächter seine Stimme erhebt. Sein Name soll bei der Wahl des Staatsoberhauptes die deutsche Geschichte der inneren Zersplitterung überwinden und der Welt zeigen, daß Deutschland einzig im Kampf für Gerechtigkeit, Freiheit und Ehre der Nation.“

Zu den Unterzeichnern gehören zahlreiche hohe Offiziere, darunter die Generale von Hülsen, von Witzthum-Pannoch,

von Österreich-Bothe, Admiral Sans, Oberst von Flancken, ferner Gelehrte, Professoren, Schriftsteller. Von bekannten Politikern seien genannt Reichsfinanzler a. D. Michaelis, die früheren deutschnationalen Abgeordneten Walfart und Paßlader, von Wirtschaftsführern Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, Präsident des Reichsverbandes der Industrie, und Abg. Fromm; von Landwirten: v. D. Warburg-Fredersdorf und Gehr. von Nilschows-Boguslawski.

## Wahlaustrich unter Duisberg

Das Kuratorium der Hindenburg-Wahlkreise ist am Montag Abend zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Der Vorsitz des Kuratoriums hat Geheimrat Duisberg übernommen. Es wurde ein Arbeitsausschuß unter dem Vorsitz des Landrats a. D. Gercke, MdR, gebildet. Das Kuratorium fordert zur Bildung von Landes- und Ortsausschüssen auf, soweit dies noch nicht geschehen ist. Durch eine Sammlung soll weitaus den meisten Kreisen Gelegenheit gegeben werden, durch Geldpenden die Wiederwahl Hindenburgs zu sichern.

Zu diesem Zweck ist bei der Bank Delbrück Schilder & Co., Berlin, Mauerpforte 61-65, das Konto „Hindenburgwahl“ und das Postfachkonto Berlin 2626 „Hindenburgwahl“ eingerichtet worden. Die Hauptgeschäftsstelle des Arbeitsausschusses befindet sich in der Prinz-Albrecht-Straße 9 zu Berlin.